

Ausgaben ab“. Der Nachteil: Die Mittel des vergangenen Jahres sind verfallen.

Manchmal steht die Bürokratie dem Geldausgeben im Weg wie beim Familienministerium. Im Rahmen des Investitionsprogramms bekam es 33,5 Millionen Euro für das Programm KitaPlus, mit denen erweiterte Betreuungszeiten in Kindergärten und Horten finanziert werden sollten, um eine „bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ zu ermöglichen. Knapp 8 Millionen wurden ausgegeben. Das ist erstaunlich, da sich das Ministerium vor Interessenten kaum retten konnte. Es gebe ein hohes Interesse und viele Bewerbungen, das sei „sehr erfreulich“, heißt es im Familienministerium.

709 Kitas haben sich gemeldet, bewilligt wurden bislang nur 266 Vorhaben. Manuela Schwesigs Leute erklären sich das mit den hohen Anforderungen des Programms. Kitas, die mit der Förderung ihre Öffnungszeiten verlängern wollen, müssen ausführlich den Bedarf und das pädagogische Konzept darlegen. Etliche Kindergärten hätten zurückgemeldet, dass ihnen der Aufwand zu groß sei. Überlegungen, die Hürden zu senken, gab es nicht, sie seien notwendig. Die Begründung: „Bei der Umsetzung achten wir sehr auf die Qualität.“ Dieses Jahr stehen wieder 33,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das Ministerium rechnet damit, dass deutlich mehr Mittel abgerufen werden, weil die Antragsphase nun vorbei sei.

Die neue Zeit des Überflusses stellt die Ministerien vor ähnliche Herausforderungen wie früher die des Mangels. Geldausgeben kann offenbar genau so schwierig sein wie Geld einsparen.

Vor allem aber zeigt sich, wie wichtig es ist, ausreichend Planungskapazitäten vorzuhalten. Viel wäre erreicht, wenn Mittel für Investitionen in den Personalhaushalt umgebucht würden. Dann könnte der Bund Ingenieure, Verwaltungsfachleute und Juristen anheuern, die die Planungen beschleunigen.

Mit ihrem Vorhaben, auch noch die Überschüsse des vergangenen Jahres zu nutzen, um die Investitionen aufzustocken, konnte sich die SPD bislang nicht durchsetzen; die Union mit ihrem Vorschlag, Schulden zu tilgen, allerdings auch nicht. Das Sechs-Milliarden-Plus, so ist die Gesetzeslage, wird nun wohl die Flüchtlingsrücklage stärken. Wenn sie, wie 2016, auch dieses Jahr unangetastet bleibt, verfügt sie bald über knapp 20 Milliarden Euro.

Die Rücklage entwickelt sich immer mehr zur Spardose, in der sich eine Menge „Spielgeld“ ansammelt für die Zeit nach der Bundestagswahl, wie es ein Koalitionär ausdrückt. Was sie damit anstellt, müsse die nächste Bundesregierung entscheiden.

Sie könnte damit die Investitionen aufstocken – oder Schulden tilgen.

Sven Böll, Horand Knap, Christian Reiermann, Christoph Schult, Britta Stuff

## Bauruine im Speckgürtel

**Immobilien** Die Stadt München und der griechische Staat streiten um eine halb fertige Schule. Zuletzt musste sich sogar der Außenminister einschalten.

Im Wohnviertel am Hachinger Bach im Münchner Stadtteil Berg am Laim scheint die Welt noch ziemlich in Ordnung – und Europas Schuldenkrise Lichtjahre entfernt. Von den Einfamilienhäusern mit viel Platz drinnen und drum herum fällt der Blick auf eine großzügige Grünfläche, es gibt einen modernen Kindergarten und gegenüber ein Gymnasium.

Wenn da nur dieser schreckliche Klotz zwischen den beiden Gebäuden nicht wäre. Mit seinen rostigen Stahlstreben und dem leicht schmutzigen Beton erinnert der Rohling an Bauruinen aus Hochzeiten der spanischen Immobilienspekulationswelle.

Der hässliche Komplex am östlichen Münchner Stadtrand ist tatsächlich eine Art Mahnmahl, allerdings nicht für die Gier von Investoren, sondern für den Niedergang des griechischen Staatswesens – und den Durchhaltewillen seiner Bewohner.

Seit das Land vor knapp sieben Jahren an den Rand der Pleite geriet und mit immer neuen Milliardenhilfspaketen von Europäern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gerettet werden musste, stehen die Griechen als Bittsteller da und müssen sich harte Auflagen gefallen lassen. Die trafen auch das griechische Schulprojekt in München und erschwerten die pünktliche Fertigstellung. Deshalb fordert die Stadt das Grundstück nun zurück.

Doch Vertreter der griechischen Gemeinde in München wollen das nicht hinnehmen. „Eine solche Brutalität sollte sich ein Kulturvolk wie die Deutschen nicht leisten dürfen“, warnt der Anwalt und Mitinitiator der Schule, Georgios Vlachopoulos. Er und seine Mitstreiter wehren sich erbittert und haben inzwischen sogar Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier eingeschaltet.

Gelingt es dem SPD-Politiker nicht, zu vermitteln, könnte sich der Streit womöglich sogar zu einer Staatsaffäre auswachsen und die ohnehin strapazierten Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter belasten. Dabei sollte das Vorhaben eigentlich der Völkerverständigung dienen.

Die griechische Regierung hatte das 15 000 Quadratmeter große Grundstück 2001 für rund 4,5 Millionen Mark gekauft,



**Rohbau der griechischen Schule in München:** Ein Meter dicke Bodenplatten

um dort eine Gemeinschaftsschule für 750 Kinder zu errichten. Heute ist das Gelände locker das Vierfache wert.

In der ersten staatlich betriebenen Bildungsanstalt außerhalb des Landes sollten griechische und deutsche Jugendliche erstmals nach abgestimmten Lehrplänen gemeinsam zweisprachig unterrichtet werden. Außerdem sollten die Abschlüsse in beiden Ländern automatisch anerkannt werden. Das ist bei sogenannten Auslandsschulen bislang nur selten der Fall.

Bedingung für das Vorzeigeprojekt war allerdings, dass die Griechen zügig mit dem Projekt begannen. Andernfalls, so sah es der Kaufvertrag vor, sollte das Areal an die Stadt zurückfallen. Doch der geplante Bau verzögerte sich immer wieder, auch weil sich Anwohner gegen das Vorhaben wehrten. Sieben Jahre nach dem Kauf, im Sommer 2008, lag endlich die Baugenehmigung vor. Doch anstatt gleich mit dem Aushub zu beginnen, ließen die Griechen das Projekt schleifen, bis die Erlaubnis Mitte 2012 auslief.

Die Stadt verlor allmählich die Geduld und klagte im Dezember 2013 auf Rückgabe des Grundstücks. Bald darauf kam erstmals Bewegung in die Sache. Bagger rückten an, das Fundament wurde ausgehoben und das Grundstück gesichert. In einem Vergleich einigte man sich schließlich auf ein neues Datum. Der Rohbau sollte nun spätestens bis Juni 2016 stehen. Doch auch diesen Termin konnten die Griechen nicht einhalten – aus Geldmangel. Das Land stand inzwischen unter Aufsicht der Troika

aus EZB, EU und IWF und war finanziell so klamm, dass es in Athen und anderenorts in großem Stil Lehrern und sonstigen Beamten kündigen musste. Da waren Millionenzahlungen an Baufirmen im fernen München zugunsten der gerade mal knapp 28 000 griechischen Bewohner offenbar nicht vermittelbar.

Und so thront nun im östlichen Münchner Speckgürtel eine Bauruine, die wie im Brennglas die Probleme des Landes spiegelt – und seine Unfähigkeit zu Reformen. Bis zum ersten von zwei Stockwerken haben es die griechischen Bauherren immerhin geschafft und dabei stolze 15 Millionen Euro ausgegeben. Der Dachaufbau und die Wände fehlen noch – wohl auch deshalb, weil nach heimischen Vorschriften und viel zu aufwendig gebaut wurde. Das Gebäude ist erdbebensicher konstruiert bis zu einer Stärke von 6,5 auf der Richterskala, mit 25 Zentimeter dicken Stahlbetondecken und bis zu einen Meter dicken Bodenplatten ausgestattet. Dabei bebte in Berg am Laim die Erde allenfalls bei Volksfesten.

Im vergangenen Herbst begann der nächste Akt des griechischen Dramas. Damals beschloss der Münchner Stadtrat einstimmig, das Areal zurückzuholen. Die boomende Metropole braucht dringend Flächen, weil sie nach Aussagen von Kommunalreferent Axel Markwardt in den kommenden Jahren mindestens ein Dutzend neue Gymnasien bauen muss.

Die Griechen sollen den Rohbau nun auf eigene Kosten abreißen und so Platz

schaffen für einen Erweiterungsbau der vorhandenen städtischen Oberschule. Für ihre eigenen Erweiterungspläne kann die Kommune das Betonmonster nicht nutzen, weil seine Konstruktion gegen die aktuellen deutschen Vorschriften verstößt und es im Innern zu stickig und dunkel ist.

Vlachopoulos, der nicht nur die Eltern, sondern auch den griechischen Staat in dem Konflikt vertritt, will das um jeden Preis verhindern. „Es würde bis zu ein Jahr dauern, den Komplex abzutragen“, wirbt er für einen Kompromiss, „in derselben Zeit könnte man ihn auch fertigglauben.“

Im September und Oktober 2016 unternahm er und der griechische Vizebildungsminister einen letzten Versuch, die Kommunalpolitiker umzustimmen, vergebens. „Die Griechen haben ihre zahlreichen Chancen nicht genutzt“, rügt Münchens Immobilienreferent Markwardt, „außerdem schöpfen sie das vorhandene Baurecht nicht aus, das können wir uns bei dem Zuzugsdruck und der Flächenknappheit nicht leisten.“ Seither treibt die Posse um den Schulbau in Berg am Laim ihrem vorläufigen Höhepunkt entgegen. Die Immobilie ist inzwischen im Grundbuch zwar wieder auf die Kommune überschrieben. Nur betreten dürfen Markwardt und seine Kollegen das sorgfältig eingezäunte Gelände nicht: Die Griechen rücken den Schlüssel nicht raus. „Wir wollen die Stadt zwingen, ihre Eigentumsansprüche einzuklagen und so die Rechtslage zu klären“, sagt Vlachopoulos, „schließlich gibt es bei deutschen Großprojekten wie dem Berliner Flughafen BER auch Verzögerungen.“

Sollten die Kommunalpolitiker davor zurückschrecken, will der Anwalt im Auftrag des griechischen Staates Klage einreichen. „Die Verzögerung ist ja durch höhere Gewalt und nicht durch Mutwillen entstanden“, argumentiert er.

Vielleicht gibt es ja auch noch eine ganz andere Lösung. Außenminister Steinmeier will den Griechen ein Ausweichgrundstück anbieten, um den Konflikt zu entschärfen. Das soll auch schon gefunden worden sein – auf dem Areal der ehemaligen Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB). Es liegt ebenfalls im Stadtteil Berg am Laim.

Dort kamen früher Tankwagen mit Rohgebräu aus Getreide und Kartoffeln von kleineren Genossenschaftsbrennereien an. Die BfB verarbeitete das Material zu sogenanntem Primasprit und lieferte es an Spirituosenhersteller oder die Kosmetik- und Arzneimittelindustrie.

Heute liegt das Gelände brach. Zumindest ein Teil, so der Plan, könnte den Münchner Griechen angeboten werden, wenn sie dafür das Grundstück am Hachinger Bach rausrückten. Wo einst Schnaps produziert wurde, könnten griechische und deutsche Pennäler dann dereinst gemeinsam pauken.

Dinah Deckstein

PETER SCHINZLER / DER SPIEGEL